

Amtliches Kreis-Blatt für den Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Hg.
Reklamazeile 75 Hg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Römerstraße 55.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 13

Diez, Dienstag den 21. Januar 1919

59. Jahrgang

Amtlicher Teil

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE.

Administrations Militaire des Territoires Allemands Occupés.
Cercle d'Unterlahn.

Bekanntmachung.

Betr.: Material jeder Art, das der deutschen Militärbehörde gehörte.

Die Verordnung des Oberbefehlshabers der 10. Armee vom 9. ds. Mts. hat den Personen, die sich Material irgend welcher Art angeeignet haben, das früher Eigentum der deutschen Militärbehörde war, sowie denen, die durch Eigentumsübertragung — oder sonstige Weise — durch die Arzetter- und Soldatenräte in Besitz solchen Materials gelangt sind vorgeschrieben, dasselbe bis zum 25. Januar bei den französischen Militärbehörden anzumelden.

Dieselbe Erklärung muß zum gleichen Termin sowohl von Privatpersonen als auch von Gesellschaften, Genossenschaften, Verwaltungs- und städtischen Behörden usw. abgegeben werden für sämtliches Material gleichen Ursprungs einchl. der Pferde, Wagen und Automobile, das sie von rechtmäßigen Zivil- oder Militärbehörden erworben haben und das laut Ziffer VI der Waffenstillstandsbedingungen den französischen Armeen hätte ausgeliefert werden müssen.

Jede Inbesitznahme solchen Gutes durch die französischen Militärbehörden wird zu Protokoll genommen, das den Besitzern übergeben wird. Dieses Protokoll wird genaue Angaben über die abgelieferten Gegenstände enthalten. Jedoch wird bezüglich des Wertes derselben nichts vermerkt werden. Der Ausweis wird dazu dienen, gegebenenfalls an zuständiger Stelle Ansprüche geltend zu machen.

Falls der Verkaufs- bzw. Besitzübertragungsgegenstand zerstört oder gleich verbraucht wurde, sei es vor oder nach Ankunft der französischen Truppen, ist er nichtsdestoweniger anzumelden, widrigenfalls auf Gefängnis- oder Geldstrafe erkannt wird.

Diez, den 18. Januar 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises:
H. Graignic, Rittmeister.

I. 308.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 7 der Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden preussischen Landesversammlung vom 21. 12. 1918 (G. S. Z. 201) sowie der §§ 11, Absatz 2 und 62 Absatz 1 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (R. G. Bl. Z. 1353) habe ich den Oberregierungsrat v. Lenge zu Cassel zum Wahlkommissar für den die Provinz Hessen-Rhassau ohne die Kreise Grafschaft Schaumburg und Herrschaft Schmalkalden sowie den Kreis Wehlar vom Regierungsbezirk Coblenz umfassenden 19. Wahlkreis ernannt. Zu seinem Stellvertreter in Behinderungsfällen ist der Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Piutti zu Cassel ernannt worden.

Cassel, den 31. Dezember 1918.

Der Oberpräsident.

Indem ich Vorstehendes zur öffentlichen Kenntnis bringe, erlaube ich die Magistrate in Diez, Nassau, Bad Ems und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden um entsprechende ortsübliche Weiterbekanntgabe.

Diez, den 18. Januar 1919.

Der Landrat.

H. B.
Zimmermann

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

J. Nr. B. A. 19. Diez, den 17. Januar 1919.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 22. Januar 1908, J. B. 38, mache ich die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die Listen über die im Jahre 1918 ausgestellten grauen Quittungskarten, sofern dies noch nicht geschehen ist, umgehend der Landesversicherungsanstalt in Cassel einzureichen sind.

Das Versicherungsamt

Der Vorsitzende

H. B.
Zimmermann

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises
H. Graignic, Rittmeister.

Dienstag, den 18. Januar 1919.

An die Magistrate in Diez, Nassau Bad Ems und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Ich erlaube mir bestimmt binnen 8 Tagen die Zahl der im Jahre 1918 ausgestellten Legitimationskarten und Gewerbelegitimationskarten anzugeben.

Der Termin ist genau einzuhalten.
Beschlusseigige ist nicht erforderlich.

Der Landrat.

J. B.:

Bimmermann

Gelesen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Graignic, Rittmeister.

J.-Nr. II. 278.

Dienstag, den 14. Januar 1919.

Betrifft: Bereitstellung von Brennholz.

Infolge der ungenügenden Zufuhr von Kohlen ist es die dringende Pflicht der Gemeinden, für genügend Brennholz zu sorgen. Ich erwarte daher von den Gemeinden, daß sie auf alle Fälle die erforderlichen Mengen reichlich einschlagen lassen. Verschämmnisse werden die größten Unzuträglichkeiten im Besonderen haben.

Der Landrat.

Ehon.

Gelesen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Graignic, Rittmeister.

Achtung! Der Teil

Die Politik des Grafen Brodorsky-Mantau.

WM. Berlin, 14. Jan. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brodorsky-Mantau, empfing die Vertreter der Presse und machte ihnen die nachstehende Mitteilung:

Meine Herren! Der Umstand, daß die deutsche Waffenstillstandskommission in Trier mit Vertretern des Verbands über eine Verlängerung des Waffenstillstands zu verhandeln beginnt, hat mir den Anlaß gegeben, Sie hierher zu bitten. Es liegt mir daran, durch Ihre Vermittlung dem deutschen Volke zu sagen, daß, während schwerer Anforderungen auch die nächste Zeit an uns stellen wird, ein Grund zum Verzweifeln nur dann vorhanden ist, wenn wir uns selbst nicht die nötige Kraft utrauen, als einig Volk zu den endgültigen Friedensverhandlungen zu gehen. Als unsere Waffenstillstandskommission in dem Walde von Compiègne zu dem Abschluß des ersten Waffenstillstandsvertrages kam, da schien ihr in den Wilsonschen Punkten und vor allem in der Idee des Völkerbundes die Grundlage für die Neugestaltung der Welt bestehen zu lassen. Der Gedanke des Völkerbundes wurde von uns mit all dem Idealismus aufgenommen, der das Erwachen des deutschen Volkes zu einer neuen Staatsform kennzeichnet. Mit all diesem Idealismus stehen wir auch heute hinter ihm. Wir sind durch die Sachlage dazu gezwungen, Bedingungen, die uns der Gegner in den militärischen Waffenstillstandsverhandlungen aufzwingt, als die Vorschläge mit Freigabe hinzunehmen, oder sie abzulehnen. Niemand kann uns jedoch durch Zwang und Gewalt dazu bringen, von der Ueberzeugung zu lassen, daß die sittlichen Kräfte in allen Ländern nach einem Neuaufbau der Ordnung zwischen den Staaten dürften, und daß wir in dem Verlangen nach der Schaffung einer einigen großen Völkerfamilie uns der Zustimmung der edelsten Geister in der ganzen Welt fühlten. Daß in einer solchen Welt, deren Zusammenleben sich auf ganz andern Grundfassen aufbauen wird, als sie bisher in der Sprache, den Methoden und den Gedanken-

gängen der Politik üblich waren, kein Platz für eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, bedarf keiner Erwähnung. Ebenso ist es selbstverständlich, daß dieses Prinzip in dem gleichen Maße jedem Volke zugute kommen muß. Jeder gegenseitige Vorstoß hieße neuen Haß zwischen die Völker säen, und zudem würde es nur diejenigen Kräfte stärken, die vorgeben, es bedürfe einer gewalttätigen sozialen Weltrevolution und der terroristischen Diktatur des Proletariats, um endlich menschenwürdige Zustände in der Welt herbeizuführen. Uns liegt an dem endgültigen Sieg der Demokratie in der Welt. Dieser Sieg kann nicht herbeigeführt werden durch kleinliche Mittel, durch Intrigen und Verschimmergeheimnisse, wie sie das alte System anzuwenden beliebte. Ebenso wenig dürfte er gefördert werden dadurch, daß wir versuchen, wie einzelne Presseorgane, die die alten Zeiten immer noch nicht verschwunden glauben, es vorschlagen, Verwirrung in die Reihen unserer Gegner zu bringen. Wenn wir diese Gegner erst uneinig machen müßten, um sie zu der Einsicht zu bringen, daß schließlich doch nur das Gute in der Welt von Bestand ist, dann könnten wir ja von vornherein bei ihnen nicht das voraussetzen, was das dringende Erfordernis für die Zugehörigkeit zum Völkerbunde bedeutet: die sittliche Ueberzeugung. Diese zu wecken, ist unsere Aufgabe, und hierzu, meine Herren, bedarf es Ihrer Unterstützung. Wir brauchen hierzu einen Resonanzboden im deutschen Volke, das sich freigemacht hat von einem überlebten System und nunmehr der ganzen Welt die Freiheit wünscht, die es sich innerhalb seiner Grenzen zu schaffen im Begriff ist. Auf zertrümmerten Geigen könnte auch ein Sarajato nicht spielen. So muß denn das deutsche Volk wieder zu einer innern Einheit werden, wenn die Worte seiner Führer in der ganzen Welt Klang haben sollen. Wir wollen eine neue Politik für das deutsche Volk. Wir wollen eine Politik der Veröhnung mit dem Ausland, eine Politik, die den echten, von edelm Atem durchdrungenen Bund der Nationen bringt. Aber man wird uns fragen: Wen führt ihr in diesen Völkerbunde? Darauf müssen wir sagen können: Wir bringen ein einiges Volk, das den Frieden in der Welt will, und das gesonnen ist, für jeden Fortschritt der Menschheit aufrecht und bewußt in die Schranken zu treten.

Vermischte Nachrichten.

D. Berlin, 17. Jan. Wie die „Post. Ztg.“ erfährt, wird das neue Deutschland keine Kleinstaaten mehr kennen und Preußen soll in 7 oder 8 einzelne Staaten aufgeteilt werden. Das Reich würde darnach aus etwa 17 einzelnen Freistaaten bestehen.

Woher kommt der Name Bolschewiki? Die Namen Bolschewiki und Menschewiki entstanden auf dem zweiten Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Anfang der 1900er Jahre anläßlich einer Meinungsverschiedenheit bei der Beratung des § 1 des Parteistatuts. Die Radikalen (sie bildeten die Mehrheit des Parteitages, mehr — bolsche, daher ist ihr Name Bolschewiki) wollten, daß nur die zur Partei gehörten, die das Programm anerkennen und in einer Parteiorganisation arbeiten. Außer Anerkennung des Programms war also die Angehörigkeit zu der Organisation gefordert. Der Zweck der letzten Forderungen war reinliche Scheidung von allen opportunistischen, unbestimmten Elementen. Die Zugehörigkeit zu der Organisation war natürlich mit einem größeren Risiko verbunden, das Gefängnis und der Prozeß oder administrative Verhinderung war sicher. Die Formulierung wurde von Plechanoff und Lenin verteidigt. Die Opportunisten bildeten eine Minderheit auf dem Parteitag (menschewiki, daher Menschewiki, das heißt Angehörige der Minderheit). Als Bedingungen der Zugehörigkeit zu der Partei wollten sie nur die Anerkennung des Programms und die Hilfe für die Partei. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation war nach ihrer Meinung nicht notwendig.